

Bremen, 11. Mai 2020

Positionspapier der Bremer SPD-Fraktion: „Corona-Programm zur Soforthilfe und Stabilisierung der bremischen Wirtschaft“

Die Auswirkungen der über die kommenden Monate anhaltenden Corona-Krise werden uns noch viele Jahre beschäftigen. Je nach Branche und Betriebsform müssen wir schnell reagieren und unterstützend eingreifen. Entscheidend für den Erhalt von wichtigen Arbeitsplätzen in Bremen und Bremerhaven sind deshalb unmittelbare Rettungs- und Unterstützungsmaßnahmen sowie perspektivisch strukturelle Konjunkturprogramme.

Mit der Einrichtung des Bremen-Fonds werden wir ein Instrument schaffen, das neben den unmittelbar erforderlichen, kurzfristigen Unterstützungsmaßnahmen zur Bekämpfung des epidemischen Krisenfalls und der Stärkung öffentlicher Infrastrukturen mittel- und langfristige Maßnahmen zur nachhaltigen Stabilisierung der Wirtschafts- und Sozialstruktur enthalten wird – und damit auch eine solche konjunkturelle Komponente. Ob darüber hinaus weitere konjunkturelle Stärkungsprogramme erforderlich sein werden, ist zum einen von der weiteren Entwicklung der Pandemie abhängig und zum anderen vom Umfang entsprechender Fördermaßnahmen des Bundes und der EU.

Wichtig dabei ist: Der Bremen-Fonds definiert den zunächst geplanten Umfang einer zusätzlichen Kreditaufnahme, die durch die Feststellung einer Notsituation im Rahmen der „Schuldenbremse“ erlaubt ist. Ob dieser Rahmen ausreicht, kann abschließend erst beurteilt werden, wenn das gesamte ökonomische und fiskalische Ausmaß der Pandemie-Folgen beurteilt werden kann. Auch für die Finanzierungsseite ist es daher entscheidend, dass kurzfristige Bedarfe schnell umgesetzt werden können. Gleichzeitig sollten Spielräume vorgehalten werden, um weiterhin handlungsfähig zu bleiben, wenn wirtschaftliche Notlagen zum Vorschein kommen, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht als solche erkannt wurden.

Zeitliche Einordnung

Die weitere inhaltliche und strategische Ausgestaltung des Bremen-Fonds muss nach unserer Auffassung ressortübergreifend sehr zügig beginnen. Benötigte Planungsmittel sind daher sofort zur Verfügung zu stellen, um sinnvolle und effektive Projekte zu identifizieren und umgehend nötige Umsetzungsprozesse anzustoßen.

Rahmenbedingungen

Wir müssen die Corona-bedingten wirtschaftlichen Folgen für die Bremischen Betriebe wie GeNo, Flughafen, BSAG oder Messe mit dem Bremen-Fonds abfedern. Eine ganzheitliche Unterstützung von größeren privaten Unternehmen ist aufgrund der wirtschaftlichen Größenordnungen nicht zu leisten, gerade für die kleineren Unternehmen bedarf es aber weiterer gezielter Unterstützung. Hierbei bedarf es auch eines Matchings mit existierenden und zusätzlich zu fordernden konjunkturellen Maßnahmen/Programmen des Bundes und der EU.

Bei standortrelevanten Großunternehmen wie Airbus, Mercedes-Benz oder ArcelorMittal sollten Modelle zum Tragen kommen, die eine Koppelung von Unterstützungsmaßnahmen an nachhaltige Zukunftstechnologie-Projekte mit betrieblichem Eigenanteil vorsehen, die sowohl ökologisch wertvoll sind als auch dauerhaft gute Arbeit gewährleisten. Das könnten beispielweise „Green Flying“, autonomes Fahren oder Wasserstoffprojekte sein.

Es besteht außerdem die Chance, neben der richtigen Clusterpolitik einen Technologiefonds als eigenständiges Cluster aufzulegen. Dieser sollte perspektivisch mit weiteren Technologieprojekten

gebündelt werden. Hierzu müssen wir entsprechende Zukunftsprojekte planen und dafür über die nächsten Jahre Mittel bereithalten. Unsere Konzentration sollte auf langfristigen Zukunftsentwicklungen liegen, nicht auf Einmaleffekten.

Die aus dem Bremen-Fonds vorgesehenen mittel- und langfristigen strukturwirksamen Maßnahmen können erst abschließend bestimmt werden, wenn die Konturen eines Konjunkturprogramms des Bundes erkennbar sind. Sie sollen und können die Initiativen des Bundes nicht ersetzen. Vom Bund erwarten wir insbesondere die Stabilisierung großer Arbeitgeber und eine Ankurbelung der bundesweiten und europäischen Nachfrage, die von Bremen allein so nicht leistbar wäre (Stichwort: Exportabhängigkeit der Bremer Wirtschaft). Die knappen bremischen Mittel müssen gezielt für regionale Aufträge und Strukturverbesserungen an den Standorten Bremen und Bremerhaven genutzt werden.

Bürgerschaft

Vorrangiges Ziel ist ein Beschluss der Grundsätze der „Förderstruktur“ in der Bremischen Bürgerschaft. Dazu bedarf es zuvor definierter Kernkriterien und Leitlinien sowie einer Strategie für kurz-, mittel- und langfristige Projekte.

Fördergrundsätze

- Gute Arbeit ist die Voraussetzung für Förderung. Die Instrumente von Tariftreue- und Vergabegesetz und Mindestlohngesetz gelten für strukturwirksame öffentliche Zukunftsinvestitionen ohne Einschränkungen.
- Gefördert werden nachhaltige, ökologisch und sozial wertvolle Zukunftsperspektiven. Auch wirtschaftsstärkende Maßnahmen müssen zum Ziel des Bremen-Fonds beitragen, die durch die Krise wachsende soziale Ungleichheit zu verringern.
- Förderungen sollten langfristig die künftigen Bremer Haushalte entlasten; sei es durch erhöhte Einnahmeerwartungen (z.B. durch die Ansiedlung von neuem Gewerbe) oder geringere Ausgabebedarfe.
- Wir betrachten die Förderung auch unter dem Gesichtspunkt der vorhandenen regionalen Struktur und Entwicklung, zum Beispiel im Stadtteil. Gefördert werden daher primär Standorte und zukunftsfähige Cluster, nicht primär einzelne Betriebe.
- Ziel ist die Einbindung möglichst vieler verschiedener Gewerke und Branchen, um die Förderung breit zu streuen. Die Belebung der Konjunktur und die Beschäftigungssicherung sind die Intention.
- Landesbeteiligungen an strategisch für das Land Bremen bedeutsamen Betrieben müssen möglich sein.
- Wir müssen die städtischen Betriebe wie beispielweise Schwimmbäder oder Museen unterstützen und dazu gegebenenfalls neue Zielvereinbarungen treffen.
- Wir brauchen ein gutes Monitoring: Strukturumbrüche werden beobachtet und entsprechend begleitet, notwendige Maßnahmen gegebenenfalls abgeleitet.
- Der neue EU-Förderzeitraum von 2021 bis 2027 ist in die Überlegungen einzubeziehen. Nach aktuellem Stand reduzieren sich die EU-Mittel für Bremen, gleichzeitig erhöht sich die Kofinanzierungsquote für das Land Bremen von 50 Prozent auf voraussichtlich 60 Prozent. Unter diesen Rahmenbedingungen sind Projekte jetzt zu planen und die Kofinanzierung sicherzustellen.

Thematische Förderstruktur

1. Phase: kurzfristige Projekte

1. Investitionen in ohnehin vorhandene Bedarfe der Städte wie die Sanierung von Straßen, Brücken, öffentlichen Gebäuden sind äußerst sinnvoll, soweit sie einer kurzfristigen Belebung der Konjunktur und damit der Sicherung von Arbeitsplätzen dienen. Hier muss umgehend mit der Planung begonnen werden.
2. Auch im Bildungsbereich sind Investitionen in die Zukunft, wie beispielsweise in den energetischen Ausbau von Schulen, Sporthallen oder öffentlichen Gebäuden, in Solaranlagen, digitale Infrastruktur und Labor-Einrichtungen, sinnvoll.
3. Konsumförderung, also die reine Erhöhung des Umsatzes durch Kauf, hat einen Einmaleffekt und kann zwar in Einzelfällen notwendig sein, ist jedoch grundsätzlich nicht wünschenswert, da hierdurch weder nachhaltig Betriebe stabilisiert werden noch die Zukunftsfähigkeit des Produkts und der Produktion gefördert wird. Deshalb lehnt die SPD-Fraktion pauschale Gutscheine für alle Bürgerinnen und Bürger ab.
4. Die digitale Infrastruktur ist auszubauen. Datenstandards sind der 5G-Infrastruktur anzupassen und ein flächendeckendes W-Lan an öffentlichen Plätzen zu gewährleisten.
5. Projekte und der Ausbau des ÖPNV in Bremen und Bremerhaven spielen eine besondere Rolle, da hier die Verbindung von Sanierung, Erweiterung, Umweltschutz und CO₂-Reduzierung mit Konjunkturbelebung gegeben ist.
6. Tourismusförderung: Der Tourismus ist in Bremen und Bremerhaven ein wichtiger Wirtschaftszweig mit vielen Arbeitsplätzen. Um die Branche zu unterstützen, sind geeignete Maßnahmen zu prüfen.
7. Gewerbegebiete sind weiterzuentwickeln. Die Entwicklung von Gewerbegebieten hat nach wie vor eine hohe Priorität. Dabei geht es einerseits um die Weiterentwicklung des Bestandes, z.B. durch Verdichtung und/oder Clusterung oder den Anschluss an den ÖPNV. Andererseits geht es um die Erschließung neuer Flächen. In diesem Zusammenhang ist die Prüfung des Gewerbegebiets Airport-Stadt kurzfristig einzuleiten.
8. Beschäftigungsintensive Existenzgründungen (Start-up), insbesondere aus wirtschaftsstrukturell interessanten und zukunftsfähigen Bereichen (IT, Kultur- und Kreativwirtschaft, Creative- oder Food-Hubs) sind weiterhin zu unterstützen. Diese Akteure sind aufgrund ihrer Eigenkapitalschwäche besonders gefährdet. Daher muss deren Absicherung und Entwicklung sichergestellt werden.
9. Es muss ein Schwerpunkt auf die Weiterbildung und Qualifizierung von Beschäftigten gesetzt werden. Drittmittel beispielsweise des ESF sind hierzu einzuwerben.
10. Wir brauchen Qualifizierungs- und Arbeitsmarktintegrative Programme und Unterstützungsprogramme für Ausbildung.
11. Der beschlossene Wissenschaftsplan 2025 ist auf Maßnahmen zu überprüfen, die sich angesichts von Corona als dringend umsetzungswürdig erweisen.

2. Phase: mittel- und langfristige Projekte

1. Für den Einzelhandel wie für die vielen „kleineren“ Geschäfte ist es nachhaltig sinnvoll, den zweiten Vertriebsweg „Digitalisierung im lokalen Einzelhandel“ zu erschließen und sich so zukunftsfester aufzustellen. Das Motto lautet nicht „regional gegen online“, sondern lokaler Onlinehandel.
2. Die energetische Modernisierung an und von Gebäuden (Dämmung, Solaranlagen, Dachbegrünung) hat starke Beschäftigungseffekte in verschiedenen Bereichen des

Handwerks und in Teilen der Bauwirtschaft. Wenn hier Maßnahmen vollzogen werden, hat das einen positiven konjunkturellen Effekt.

3. Wir treiben größere „Strukturprojekte“ voran: Größere Projekte wie die Innenstadt oder das Könecke-Gelände haben den Vorteil, dass sich viele Dinge, Initiativen, Sanierungen und Weiterentwicklungen verbinden lassen, also nicht nur beispielsweise den isolierten Umbau des Domshofs, sondern ein Gesamtkonzept mit allen Beteiligten zügig zu entwickeln und umzusetzen. Wir sollten gerade jetzt größere Strukturprojekte, die unter normalen Bedingungen nur sehr langwierig zu realisieren sind, vorantreiben. Die SPD-Fraktion sieht beispielsweise die Innenstadt und das Könecke-Gelände als strukturwirksame Projekte, die sich mit vielen Einzelthemen und damit einer Beschäftigungssicherung verbinden ließen.
4. In Bremerhaven ist die Forcierung beziehungsweise das Vorziehen der Entwicklung des Gewerbegebiets Green Economy sowie aller Überlegungen bis hin zu einer Pilotanlage „grüner Wasserstoff“ erstrebenswert.
5. Die Entwicklung der Hafen- und Citylogistik ist voranzutreiben, das beinhaltet etwa eine vorgezogene Umstellung der öffentlichen Fuhrparks und ÖPNV-Betriebe auf E-Mobilität oder den Ladeinfrastrukturausbau im Bereich öffentlicher und privater Fuhrparks (private Fuhrparks z.B. im Bereich von KEP-Diensten/Citylogistik). Um die Initiative „Greenports“ weiter voranzutreiben, bauen wir die Landstromversorgung aus. Um die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens zu unterstützen, ist die Sanierung der Kajen und eine gute schienengebundene Anbindung der Häfen im Land Bremen zu prüfen.
6. Norddeutsche Kooperationen sind zu forcieren. In vielen Forschungsbereichen wie beispielsweise der Wasserstoff-Technologie, der Meeresforschung oder der Luftfahrt machen Kooperationen und gemeinsame Projekte der norddeutschen Bundesländer Sinn.
7. Die Digitalisierung von Unternehmen sollten wir unterstützen. Die Möglichkeit, im Home Office zu arbeiten, sollte ausgebaut werden. Dies ermöglicht eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und könnte perspektivisch die Erwerbsquote in Bremen positiv beeinflussen.
8. Wir stärken Schnittstellen und den Transfer von Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Forschung und Öffentlichkeit, sei es durch wissensbasierte Dienstleistungen oder durch Formate wie „Science meets Business“.
9. Wir müssen unsere Gesundheitsinfrastruktur, das hat die Pandemie gezeigt und wird diese Infrastruktur noch lange besonders beanspruchen, deutlich krisenfester und zukunftssicher aufstellen.
10. Auch der Flughafen Bremen, übermäßig betroffen durch die Krise, muss sich für die Zeit nach der Pandemie neu und zukunftssicher aufstellen.

Weitere Finanzierungsaspekte

- Wir müssen die Finanzierungsmöglichkeiten gezielt erweitern, im Bewusstsein, dass reine konjunkturelle Impulse nicht allein auf Landesebene zu erreichen sind. Dem Bund und der EU kommt hier die entscheidende Rolle zu.
- Es sollen Anreize zur Kofinanzierung durch Unternehmen oder Privathaushalte geschaffen werden.
- In vielen Projekten können Unternehmen und öffentliche Hand sinnvoll zusammenarbeiten.
- Die Kofinanzierung von europäischen Struktur- und Innovationsfonds wie EFRE und ESF ist sicherzustellen.